

## Offenes Verfahren

der **Verbandsgemeinde Wörrstadt**

zur **Vergabe der Leistung:**

### **Mittagsverpflegung**

**für die Kindertagesstätten & Schulen  
in der Verbandsgemeinde Wörrstadt**

**sieben Lose**

Vergabenummer: 54691522

Rahmenvertrag

## **Anlage 1 Eignungsnachweise**

## 1 Formblatt 1: Übersicht Eignungsnachweise

Zum Nachweis der Eignung sind – neben dem Formblatt VHB 124 - folgende Unterlagen und Erklärungen mit dem Angebot abzugeben; soweit deutsche Rechtsnormen und Formulare benannt sind, gelten gleichwertige aus anderen EU-Mitgliedsländern entsprechend.

Lfd.	Unterlagen	Bemerkungen
<b>Lage des Wirtschaftsunternehmens</b>		
<b>1</b>	<b>Nachweis über eine Gewerbeanmeldung, den Eintrag im Handelsregister (nicht älter 12 Monate)</b>	Eigene Anlage
<b>2</b>	<b>Firmenprofil/Unternehmensdarstellung</b> A. Haupttätigkeit des Unternehmens B. für den Auftraggeber zuständige Niederlassung	(Formblatt 2)
<b>3</b>	<b>Eigenerklärung Datenverarbeitung/Verbindlichkeit</b>	(Formblatt 3)
<b>4</b>	<b>Eigenerklärung Betriebshaftpflicht (Deckungszusage und Deckungssumme) mit mind. 1 Mio. für Sach- und 3 Mio. für Personenschäden je Schadensfall</b>	(Formblatt 4) + Nachweis der Versicherung
<b>5</b>	<b>Nachweis zum Status bevorzugte Bewerber sofern das Bieterunternehmen diesen Status in Anspruch nimmt</b> Nach den Richtlinien für die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind bevorzugte Bewerber Spätaussiedler, Vertriebene, Sowjetzonen-Flüchtlinge, Verfolgte, Evakuierte sowie Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten (Bevorzugten-Richtlinien - öABevR).	Eigene Anlage
<b>6</b>	<b>Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt LTTG - RLP</b>	(Formblatt 5) Anhang 1-3
<b>7</b>	<b>Eigenerklärung Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG)</b>	(Formblatt 6)
<b>8</b>	<b>Nachweis der Berufsgenossenschaft</b>	Eigene Anlage

<b>9</b>	<b>Eigenerklärung Bezug Russland</b>	Formblatt 7 = L 127
<b>10</b>	<b>Eigenerklärung: Fabrikations-, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse</b>	Formblatt 8
<b>11</b>	<b>Besondere Vertragsbedingungen zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitszeiten</b>	Formblatt 9
<b>Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit</b>		
<b>12</b>	<b>Unbedenklichkeitsnachweise der Sozialversicherungen, bei denen die meisten Mitarbeitenden versichert sind.</b>	Mit Formblatt LD_124
<b>13</b>	<b>Unbedenklichkeitsnachweis zu Steuern und Abgaben (Finanzamt und Kommune)</b>	Eigene Anlage
<b>Fachliche Leistungsfähigkeit</b>		
<b>14</b>	Drei Referenzen aus den letzten drei Jahren die in Art und Umfang der Leistung und des angebotenen Loses entsprechen.	(Formblatt 10)
<b>15</b>	Vorstellung der Projektleitung (sofern dies eine andere Person ist als die Leitung des Verpflegungsbereiches), die im Projekt Ansprechpartner*in ist inkl. Vertretungsregelung	Eigene Anlage
<b>16</b>	Schulungsnachweis des Küchenpersonals: <ul style="list-style-type: none"> <li>Lebensmittelhygiene-Schulung nach EU-Verordnung (EG) Nr. 852 / 2004</li> <li>Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz (IFSG)</li> </ul>	Eigene Anlage
<b>17</b>	HACCP Konzept	Eigene Anlage
<b>18</b>	Vorstellung der Leitung des Verpflegungsbereiches inkl. Nachweis <u>einer</u> der folgenden beruflichen Qualifikationen: <ul style="list-style-type: none"> <li>Koch*in,</li> <li>Küchenmeister*in</li> <li>Hauswirtschaftliche*r (Betriebs-)Leiter*in,</li> <li>Hauswirtschaftsmeister*in,</li> </ul>	Eigene Anlage

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ökotrophologe*in</li> <li>• Diätassistent*in</li> <li>• Verpflegungsbetriebswirt*in.</li> </ul>	
<b>19</b>	Fortbildungsnachweis der Leitung des Verpflegungsbereiches mit dem Inhalt 'Lebensmittel und Hygienerecht'	
<b>20</b>	Nachweis der Berufliche Qualifikation des Kochs/Köchin	Eigene Anlage
<b>21</b>	Fortbildungs-/ oder Weiterbildungsnachweise aller Mitarbeitenden des Verpflegungsbereiches in folgenden Themen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Grundlagenwissen DGE-Standard</li> <li>- Grundlagen einer gesundheitsförderlichen und nachhaltigen Verpflegung,</li> <li>- Basiswissen Allergenmanagement</li> </ul>	Eigene Anlage

---

## 2 Formblatt 2: Firmenprofil/Unternehmensdarstellung

1. Was ist die Haupttätigkeit des Unternehmens? (Stichpunkte genügen)

2. Welche Niederlassung ist für dieses Projekt zuständig?

**Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die ausgefüllte Erklärung als unterzeichnet gem. der Registrierungsbedingungen des Vergabeportals [www.dtyp.de](http://www.dtyp.de). Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung nicht. Mit ihrer Abgabe gelten die Ausführungen.**

### 3 Formblatt 3: Datenverarbeitung, Verbindlichkeit

Das Bieterunternehmen erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können.

Das Bieterunternehmen ist sich bewusst, dass wissentlich falsche Erklärungen den Ausschluss von dieser und weiteren Ausschreibungen zur Folge haben können.

**Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die ausgefüllte Erklärung als unterzeichnet gem. der Registrierungsbedingungen des Vergabeportals [www.dtv.de](http://www.dtv.de). Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung nicht. Mit ihrer Abgabe gelten die Ausführungen.**

---

## 4 Formblatt 4: Betriebshaftpflicht

Eine Betriebshaftpflichtversicherung sowie eine Sachschadensversicherung bestehen laut beigefügtem(n) Nachweis(en) bei folgendem(n) Versicherungsunternehmen

Bezeichnung	Deckungssumme

Sofern die genannten Deckungssummen den geforderten Höhen nicht entsprechen, sichern wir zu, diese im Auftragsfall auf die geforderten Deckungssummen zu erhöhen.

**Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die ausgefüllte Erklärung als unterzeichnet gem. der Registrierungsbedingungen des Vergabeportals [www.dtv.de](http://www.dtv.de). Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung nicht. Mit ihrer Abgabe gelten die Ausführungen.**

## 5 Formblatt 5: Verpflichtung Mindestentgelt

Siehe Anhang 1 – 4 zu dieser Anlage



## 6 Formblatt 6: Eigenerklärung AentG

Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht wegen Verstoßes nach § 23 AentG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500,-- € belegt worden bin/sind.

Ich/Wir erkläre/n zudem, dass eine noch nicht geahndete schwerwiegende Verfehlung im Sinne des § 21 Abs. 1 S. 1 AentG nicht begangen wurde.

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in der vorstehenden Erklärung eine fristlose Kündigung des Vertrages zur Folge haben können.

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben können.

**Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die ausgefüllte Erklärung als unterzeichnet gem. der Registrierungsbedingungen des Vergabeportals [www.dtv.de](http://www.dtv.de). Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung nicht. Mit ihrer Abgabe gelten die Ausführungen.**

## 7 Formblatt 7: Eigenerklärung zum BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022 (= Formblatt L 127)

**Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:**

(1) *Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:*

a) *russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,*

b) *juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder*

c) *natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,*

*auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.*

(2) *Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für*

a) *den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,*

b) *die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,*

c) *die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,*

d) *die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedsstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.*

e) *den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder*

- 
- f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.*
- (3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.*
- (4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.*

## 8 Formblatt 8 : Eigenerklärung zur Kenntlichmachung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen

Nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) v. 26.08.98 - BGBl. I S. 2546 - 2575, haben die Verfahrensbeteiligten u.U. Anspruch auf Akteneinsicht und können sich ggf. Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen (§ 111 Abs. 1 GWB).

Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist (§ 111 Abs. 2 GWB).

Nach Abs. 3 des § 111 GWB hat jeder Beteiligte mit der Übersendung seiner Akten oder Stellungnahmen auf die Wahrung der Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse hinzuweisen und diese in den Unterlagen entsprechend kenntlich zu machen.

Unter Bezug auf die gesetzliche Regelung des GWB haben Sie daher die Möglichkeit, in Ihren Angebotsunterlagen Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse als solche deutlich zu kennzeichnen.

Fehlt eine solche Kenntlichmachung, ist von der Zustimmung zur Einsichtnahme i.S. des § 111 Abs. 3 GWB auszugehen.

**Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die ausgefüllte Erklärung als unterzeichnet gem. der Registrierungsbedingungen des Vergabeportals [www.dtv.de](http://www.dtv.de)**  
**Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung nicht. Mit ihrer Abgabe gelten die Ausführungen.**

## 9 Formblatt 9: Besondere Vertragsbedingungen zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitszeiten

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftrag gemäß der Leistungsbeschreibung ausschließlich mit Waren auszuführen, die nachweislich unter bestmöglicher Beachtung der in den ILO-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind. Die Mindeststandards der ILO-Kernarbeitsnormen ergeben sich aus

- dem Übereinkommen Nr. 29 über Zwangs- oder Pflichtarbeit vom 28. Juni 1930 (BGBI. 1956 II S. 641),
- dem Übereinkommen Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes vom 9. Juli 1948 (BGBI. 1956 II S. 2073),
- dem Übereinkommen Nr. 98 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen vom 1. Juli 1949 (BGBI. 1955 II S. 1123),
- dem Übereinkommen Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit vom 29. Juni 1951 (BGBI. 1956 II S. 24),
- dem Übereinkommen Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit vom 25. Juni 1957
- (BGBI. 1959 II S. 442),
- dem Übereinkommen Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf vom 25. Juni 1958 (BGBI. 1961 II S. 98),
- dem Übereinkommen Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung vom 26. Juni 1973 (BGBI. 1976 II S. 202) und dem Übereinkommen Nr. 182 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vom 17. Juni 1999 (BGBI. 2001 II S. 1291).

Die schuldhafte Nichterfüllung der o.a. Verpflichtungen durch den Auftragnehmer oder seine Nachunternehmer berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung.

Der Auftraggeber oder ein von ihm beauftragter Dritter darf zu Kontrollzwecken Einblick in die Entgeltabrechnungen der ausführenden Unternehmen, in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen an in- und ausländische Sozialversicherungsträger, in die Unterlagen über die Abführung von Beiträgen an in- und ausländische Sozialkassen des Baugewerbes und in die

zwischen den ausführenden Unternehmen abgeschlossenen Verträge nehmen. Die ausführenden Unternehmen haben ihre Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen schriftlich hinzuweisen. Die ausführenden Unternehmen haben vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der o.a. Unterlagen bereitzuhalten und auf Verlangen dem öffentlichen Auftraggeber vorzulegen.

Kenntnis genommen:

**Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die ausgefüllte Erklärung als unterzeichnet gem. der Registrierungsbedingungen des Vergabeportals [www.dtyp.de](http://www.dtyp.de). Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung nicht. Mit ihrer Abgabe gelten die Ausführungen.**

## 10 Formblatt 10: Referenzprojekte | vergleichbare Projekte

Lfd.	Referenz-Projekt 1	
1	Bezeichnung des Projektes	
2	Art und Umfang der vergleichbaren Leistung	
3	Zeitraum der Durchführung	
4	Name des/der KundenIn	
5	Anschrift	
6	AnsprechpartnerIn mit Telefonnummer	
7	Wertumfang des Projektes	
8	Sonstiges	

<b>Lfd.</b>	<b>Referenz-Projekt 2</b>	
<b>1</b>	<b>Bezeichnung des Projektes</b>	
<b>2</b>	<b>Art und Umfang der vergleichbaren Leistung</b>	
<b>3</b>	<b>Zeitraum der Durchführung</b>	
<b>4</b>	<b>Name des/der KundenIn</b>	
<b>5</b>	<b>Anschrift</b>	
<b>6</b>	<b>AnsprechpartnerIn mit Telefonnummer</b>	
<b>7</b>	<b>Wertumfang des Projektes</b>	
<b>8</b>	<b>Sonstiges</b>	



<b>Lfd.</b>	<b>Referenz-Projekt 3</b>	
<b>1</b>	<b>Bezeichnung des Projektes</b>	
<b>2</b>	<b>Art und Umfang der vergleichbaren Leistung</b>	
<b>3</b>	<b>Zeitraum der Durchführung</b>	
<b>4</b>	<b>Name des/der KundenIn</b>	
<b>5</b>	<b>Anschrift</b>	
<b>6</b>	<b>AnsprechpartnerIn mit Telefonnummer</b>	
<b>7</b>	<b>Wertumfang des Projektes</b>	
<b>8</b>	<b>Sonstiges</b>	